



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg  
Postfach 103439 • 70029 Stuttgart

## Elektronischer Versand:

An alle Strom- und/oder Gasnetzbetreiber  
in der Zuständigkeit der Landesregulierungs-  
behörde Baden-Württemberg

Stuttgart 07.10.2016

Name Sandra Maier

Durchwahl 0711 126-1247

E-Mail LRegB@um.bwl.de

Aktenzeichen 4-4455.3

(Bitte bei Antwort angeben!)

Nachrichtlich:

VfEW Baden-Württemberg e.V.

VkU Landesgruppe Baden-Württemberg



Rundschreiben 2016/04

Mitteilungspflichten nach § 28 Nr. 1, 3 und 4 ARegV

Anlagen

2 Prüflisten

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Landesregulierungsbehörde Baden-Württemberg (LRegB) gibt nachfolgend Hinweise zur Anpassung der Erlösobergrenze, zur Bildung der Netzentgelte und deren Veröffentlichung zum 15.10.2016 sowie zur Eingabe der endgültigen Netzentgelte im Versorgerportal.

Als Anlagen stellt die LRegB zwei Prüflisten zur Verfügung. Diese Listen dienen als Orientierungshilfe für eine vollständige und korrekte Erfüllung der Mitteilungspflichten gemäß § 28 Nr. 1 sowie Nr. 3 und 4 ARegV.

Bei Unklarheiten oder zur Vermeidung von späteren Beanstandungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Anpassung der Erlösobergrenze steht es den Netzbetreibern frei, sich mit der LRegB vorher abzustimmen.

## Inhaltsverzeichnis

I.	Zur Anpassung der Erlösobergrenze und Veröffentlichungspflichten .....	3
1	Allgemeine Grundsätze .....	4
1.1	Verbraucherpreisgesamtindex .....	4
1.2	Kosten für die erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen.....	4
1.3	Vorgehensweise bei noch laufenden regulatorischen oder gerichtlichen Verfahren .....	5
2	Besonderheiten bei Stromnetzen .....	5
2.1	Entgelte nach § 19 Abs. 3 StromNEV.....	5
2.2	Netzbetreiber gleicher Spannungsebene.....	6
2.3	Berechnung der vermiedenen Netzentgelte.....	6
2.4	Kosten für die Nachrüstung von Wechselrichtern nach § 10 Abs. 1 SysStabV sowie Kosten und Erstattungen nach § 22 SysStabVO .....	7
2.5	Referenzpreis Verlustenergie bei Teilnahme an der freiwilligen Selbstverpflichtung .....	7
2.6	Erlösobergrenzenbescheid liegt noch nicht vor .....	8
2.6.1	Kostenbasis.....	8
2.6.2	Regulierungskonto .....	9
2.6.3	Bildung der endgültigen Strom-Netzentgelte zum Jahresende 2016 .....	10
3	Besonderheiten bei Gasnetzen .....	10
II.	Zur Bildung der Netzentgelte und deren Eingabe im Versorgerportal Baden-Württemberg.....	11
1	Allgemeine Hinweise zur Eingabe der Netzentgelte im Versorgerportal Baden-Württemberg	11
2	Moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme.....	12
3	Entgelte für den Messstellenbetrieb.....	12
4	Abrechnungsentgelte .....	13
5	Kommunalrabatt nach § 3 KAV .....	13
6	Konzessionsabgabe .....	14
7	Hinweise für Stromnetzbetreiber.....	14
7.1	Entgelte für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen .....	14

7.2	Netzentgelte nach § 19 Abs. 2 Satz 1 und 2 StromNEV .....	15
7.3	Straßenbeleuchtung.....	16
7.4	Pooling.....	17
7.5	Entgelt für den Messstellenbetrieb und die Messung .....	17
8	Hinweise für Gasnetzbetreiber .....	17
8.1	Sonderentgelte gem. § 20 Abs. 2 GasNEV.....	17
8.2	Netzentgelte inklusive vorgelagerter Netzkosten.....	17
8.3	Entgelte aus abschaltbaren Gasnetzanschlussverträgen .....	17
8.4	Entgelte für den Messstellenbetrieb.....	18
8.5	Pooling Gas .....	19
<b>Anlage 1: Prüfliste für die Anpassung der Erlösobergrenzen (§ 28 Nr. 1 ARegV).....</b>		<b>20</b>
<b>Anlage 2: Prüfliste für die Ermittlung der Netzentgelte und Eingabe in das Versorgerportal (§ 28 Nr. 3 und 4 ARegV) .....</b>		<b>21</b>

## **I. Zur Anpassung der Erlösobergrenze und Veröffentlichungspflichten**

Auf der Basis der angepassten Erlösobergrenze 2017 sind die (voraussichtlichen) Netzentgelte gem. § 20 Abs. 1 EnWG zum **15.10.2016** zu kalkulieren und zu veröffentlichen.

Sollten die einzubeziehenden Vornetzentgelte erst am 15.10. bekannt gemacht sein, sind die eigenen Netzentgelte baldmöglichst danach unverzüglich zur Veröffentlichung zu bringen. Die LRegB wird in solchen Fällen eine Nichtveröffentlichung zum 15.10. nicht aufgreifen, wenn sie bis zum 20.10. nachgeholt wird. Soweit Netzbetreiber ihrerseits eine Vornetzfunktion haben, sollten sie möglichst ihre Netzentgelte bis spätestens zum 10.10. ihren nachgelagerten Netzbetreibern mitteilen.

Die nach § 4 Abs. 3 ARegV verpflichtend vorzunehmende Anpassung der Erlösobergrenze ist der LRegB gemäß § 28 Nr. 1 ARegV zum **01.01.2017** mitzuteilen. Hierzu hat die LRegB einen entsprechenden Erhebungsbogen, jeweils für Strom und Gas, auf ihrer Internetseite bereitgestellt. Diese sind im Versorgerportal unter dem folgenden Link abrufbar:

<https://www.versorger-bw.de/landesregulierungsbehoerde/rundschreiben-hinweise-und-erhebungsboegen.html>

unter den Stichwörtern:

- ▶ Mitteilungspflichten: Erhebungsbogen gem. § 28 Nr. 1 ARegV bzw.
- ▶ Regulierungskonto: Tool zur Berechnung/Auflösung

Die ausgefüllten Erhebungsbögen nach § 28 Nr. 1 ARegV sind der LRegB in **elektronischer** Form (als Excel-Datei per CD/DVD oder E-Mail) **und** in **Schriftform** jeweils bis zum **01.01.2017** vorzulegen. Die elektronische Übermittlung per E-Mail ist an die Adresse **LRegB@um.bwl.de** zu senden.

Für die angepassten Ansätze der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten sind die **Berechnungen** nachvollziehbar darzulegen.

## **1 Allgemeine Grundsätze**

### **1.1 Verbraucherpreisgesamtindex**

Der Verbraucherpreisgesamtindex für das Jahr 2015 wurde auf 106,9 festgesetzt (vgl. Veröffentlichung des Statistisches Bundesamt, Verbraucherpreisindex für Deutschland). Der Netzbetreiber muss daher den bisherigen Ansatz gemäß § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 ARegV auf 106,9 anpassen.

### **1.2 Kosten für die erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen**

Bei der Berechnung der Kosten für die erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen („vorgelagerte Netzkosten“) ist auf die für das Kalenderjahr 2017 maßgeblichen Netzentgelte bzw. die veröffentlichten voraussichtlichen Netzentgelte des vorgelagerten Netzbetreibers abzustellen. Soweit diese nicht bekannt sein sollten, sind die Entgelte des Jahres 2016 anzusetzen.

Der Ermittlung des Kostenansatzes für das vorgelagerte Netz sind grundsätzlich die Ist-Mengen des Jahres 2015 zugrunde zu legen.

Abweichungen hiervon sind in der schriftlichen Dokumentation einschließlich der jeweiligen Herleitung des Planansatzes für das Jahr 2017 darzulegen. Diese Planansätze sind auch in der Verprobungsrechnung nach § 20 StromNEV bzw. § 16 Gas-

NEV anzusetzen. Die der Verprobungsrechnung zugrunde zu legende Menge ergibt sich somit aus der Summe der eingespeisten Menge abzüglich der Verlustenergiemenge. Zu letzterer sind in der Dokumentation gesonderte Angaben erforderlich. Erhebliche prognostizierte Verlustenergiemengen ( $> 4 \%$ ) sind zu begründen.

### **1.3 Vorgehensweise bei noch laufenden regulatorischen oder gerichtlichen Verfahren**

Bei noch laufenden regulatorischen oder gerichtlichen Verfahren, beispielsweise bei Anträgen auf Genehmigung eines allgemeinen Erweiterungsfaktors oder einer Investitionsmaßnahme, sieht die LRegB grundsätzlich keine Zulässigkeit, diese seitens des Netzbetreibers bei der Anpassung der Erlösobergrenze einzubeziehen. Eine Berücksichtigung solcher Anträge wird jedoch nicht beanstandet, soweit die LRegB in einem Anhörungsschreiben mitgeteilt hat, entsprechende Beträge voraussichtlich anzuerkennen. Die sich im Falle einer nachträglichen Genehmigung bzw. Festlegung oder nachträglichen gerichtlichen Entscheidungen ergebenden Abweichungen sind **über das Regulierungskonto** abzuwickeln.

Abweichend hiervon ist im Falle eines beantragten EEG-Erweiterungsfaktors, über den seitens der LRegB noch nicht entschieden wurde, zu verfahren. Dieser ist in der beantragten Höhe einzubeziehen. Ebenso ist bei (Teil-)Netzübergängen zu verfahren. Bei der Anpassung der Erlösobergrenze sind von den betroffenen Netzbetreibern im Regelverfahren ebenso Zu- oder Abschläge auf die Erlösobergrenzen nach Maßgabe des § 19 ARegV (Qualitätselement) einzubeziehen. Da bislang noch keine (vorläufigen) Berechnungsergebnisse für das Qualitätselement der Jahre 2017 und 2018 vorliegen, sollten hilfsweise die bereits formlos mitgeteilten vorläufigen Werte des Vorjahres (Qualitätselement 2014 bis 2016) angesetzt werden. Abweichungen von den zu einem späteren Zeitpunkt erfolgenden förmlichen Festlegungen werden über das Regulierungskonto nach § 5 ARegV abgewickelt.

## **2 Besonderheiten bei Stromnetzen**

### **2.1 Entgelte nach § 19 Abs. 3 StromNEV**

Im Zuge einer Angleichung der Regulierungspraxis der Regulierungsbehörden werden fortan die Kosten für die singulären Betriebsmittel wie die Kosten für das vorgelagerte Netz behandelt.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat im Beschluss vom 15.12.2015 (EnZR 70/14) entschieden, dass es Aufgabe der Stromnetzbetreiber sei, auf eigene Initiative Netznutzer auf das Vorliegen der Voraussetzungen des § 19 Abs. 3 StromNEV hinzuweisen und ein individuelles Netzentgelt anzubieten. Hierzu hat die LRegB mit Schreiben vom 30.06.2016 Hinweise abgegeben. Auf dieses Rundschreiben 2016-03, Ziffer 2, wird verwiesen.

## **2.2 Netzbetreiber gleicher Spannungsebene**

Bei der Ermittlung der vorgelagerten Netzkosten ist weiterhin das gemeinsame Positionspapier der Landesregulierungsbehörde und der damaligen EnBW Regional AG vom 17.11.2010 zur Kostenwälzung nach § 14 StromNEV "Netzbetreiber gleicher Spannungsebene" maßgebend. Dieses ist sinngemäß auch auf andere vorgelagerte Netzbetreiber anzuwenden und kann auf der Internetseite der LRegB abgerufen werden (<https://www.versorger-bw.de/landesregulierungsbehoerde/rundschreiben-hinweise-und-erhebungsboegen.html>). Ergibt sich aus dem Positionspapier ein entsprechender Nachlass, muss mindestens dieser bei der Berechnung der vorgelagerten Netzkosten (unabhängig davon, ob eine entsprechende Vereinbarung mit dem vorgelagerten Netzbetreiber getroffen wurde) berücksichtigt werden. Sollte der vorgelagerte Netzbetreiber nicht bereit sein, eine entsprechende Vereinbarung basierend auf dem Positionspapier abzuschließen, bittet die LRegB um eine entsprechende Mitteilung. Soweit tatsächlich noch höhere Nachlässe als nach dem Positionspapier gewährt werden, sind die tatsächlichen Entgelte maßgebend.

## **2.3 Berechnung der vermiedenen Netzentgelte**

Bei der Berechnung der Kosten aus vermiedenen Netzentgelten nach § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 8 ARegV sind die Kosten anhand der jeweiligen Vermeidungsarbeit und -leistung separat zu ermitteln. Dabei sind unabhängig von den tatsächlichen Benutzungsstunden die Entgelte  $\geq 2.500$  h/a anzusetzen (vgl. hierzu auch die Anlage 1 zu den Hinweisen hinsichtlich der Anpassung der Erlösobergrenze 2016 der Bundesnetzagentur; abrufbar auf deren Internetseite unter folgendem Link: [http://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen\\_Institutionen/Netzentgelte/Strom/Erloesobergrenzen/erloesobergrenzen-node.html](http://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/Netzentgelte/Strom/Erloesobergrenzen/erloesobergrenzen-node.html)). Eine vereinfachte Ermittlung der vorgelagerten Netzkosten samt vermiedenen Netzentgelten anhand der Gesamthöchstlast des Netzes reicht nicht aus.

## **2.4 Kosten für die Nachrüstung von Wechselrichtern nach § 10 Abs. 1 SysStabV sowie Kosten und Erstattungen nach § 22 SysStabVO**

Bezüglich des Kostenansatzes ist auf das Kalenderjahr abzustellen, auf das die Erlösobergrenze Anwendung finden soll. Bei der Einbeziehung von Kosten nach § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 ARegV wird die LRegB einen Kostenansatz von bis zu 300,- € je Nachrüstung eines Wechselrichters gem. § 10 Abs. 1 SysStabV nicht beanstanden. Die Kosten von 300,- € je Nachrüstung eines Wechselrichters stellen bereits einen hälftigen Ansatz dar.

Die Ermittlung der Kosten und Erstattungen nach § 22 SysStabVO muss auf Basis gesicherter Erkenntnisse beruhen, wobei die entsprechenden Ansätze näher zu begründen sind. Die LRegB geht grundsätzlich davon aus, dass sich die Kosten und Erstattungen nach § 22 SysStabVO bei Verteilernetzbetreibern ausgleichen.

Die LRegB wird über das Regulierungskonto nicht nur einen Plan-Ist-Mengenabgleich vornehmen, sondern auch einen Kostenabgleich, ggf. unter Berücksichtigung einer Festlegung nach § 32 Abs. 1 Nr. 4b ARegV.

## **2.5 Referenzpreis Verlustenergie bei Teilnahme an der freiwilligen Selbstverpflichtung**

Der Referenzpreis gemäß der freiwilligen Selbstverpflichtung BW zur Verlustenergie für die zweite Regulierungsperiode zur Anpassung der Erlösobergrenze 2016 beträgt für die Teilnehmer voraussichtlich 3,8029 ct/kWh. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass die individuellen Anhörungen der jeweiligen Netzbetreiber noch nicht vollkommen abgeschlossen sind. Die LRegB wird zeitnah die förmliche Festsetzung des Referenzpreises – nach Anhörung der betroffenen Netzbetreiber – vornehmen. Vorläufig ist für die Zwecke der Ermittlung der Netzentgelte und zur Anpassung der Erlösobergrenzen zum 01.01.2017 von diesem voraussichtlichen Wert auszugehen.

## 2.6 Erlösobergrenzenbescheid liegt noch nicht vor

### 2.6.1 Kostenbasis

Bei der Anpassung der Erlösobergrenze 2017 (Strom) stehen jenen Netzbetreibern, die bis zum 10.10.2016 noch keinen Bescheid zur Festlegung der Erlösobergrenzen für die 2. Regulierungsperiode erhalten haben, je nach Sachstand folgende alternativen Vorgehensweisen (A und B) zur Verfügung:

- **Fallgruppe 1:** Für Netzbetreiber, die am **Regelverfahren** teilnehmen und denen die LRegB das endgültige **Ergebnis der Kostenprüfung** mitgeteilt hat, steht nur die Vorgehensweise **B** zur Verfügung.
- **Fallgruppe 2:** In allen übrigen Fällen besteht eine Wahlmöglichkeit zwischen Vorgehensweise A und B.

#### Vorgehensweise A

##### Anpassung auf Basis der angepassten Erlösobergrenze 2013

Die Ermittlung der (vorläufigen) Netzentgelte für das Jahr 2017 erfolgt hierbei auf Basis der angepassten Erlösobergrenze 2013. Hierzu ist im Erhebungsbogen „EHB\_§\_28\_Nr.\_1\_ARegV\_Strom\_2017\_-\_ohne\_Festlegung\_EO“ im Tabellenblatt „Kostenanteile“ die angepasste Erlösobergrenze 2013 einzutragen. Auf dieser Basis werden dann die dauerhaft nicht beeinflussbaren, die vorübergehend nicht beeinflussbaren und die beeinflussbaren Kostenanteile ermittelt, die dann in das Tabellenblatt „Anpassung 2017“ zu übernehmen sind.

Hinsichtlich der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile (§ 11 Abs. 2 ARegV) sind noch die Anpassungen nach § 4 Abs. 3 Nr. 2 ARegV vorzunehmen. Im genannten Erhebungsbogen können diese Anpassungen nach der bereits aus früheren Erhebungsbögen bekannten Methodik erfasst werden. Die Allgemeinen Grundsätze (Ziffer I.1) sind hierbei zu beachten.

#### Vorgehensweise B

##### Anpassung auf Basis der Netzkosten gemäß Anhörung

Bei der Ermittlung der angepassten Erlösobergrenze 2017 kann auf das Ergebnis der (letzten) Anhörung abgestellt werden, anstatt die angepasste Erlösobergrenze



2013 zugrunde zu legen. Hierzu ist ebenfalls der Erhebungsbogen „EHB\_§\_28\_Nr.\_1\_ARegV\_Strom\_2017\_-\_ohne\_Festlegung\_EO“ zu verwenden.

Soweit ein Netzbetreiber im regulären Verfahren bis zum 10.10.2016 noch keine Mitteilung zu seinem individuellen Effizienzwert erhalten hat, sollte der bisherige Effizienzwert der 1. Regulierungsperiode zugrunde gelegt werden, wobei im Falle von Netzübernahmen gem. § 26 ARegV der alte Effizienzwert des größeren Teilnetzes maßgebend ist.

Hinsichtlich der Anpassung nach § 4 Abs. 3 Nr. 2 ARegV finden die Hinweise zu Vorgehensweise A auch bei der Vorgehensweise B entsprechend Anwendung. Die Allgemeinen Grundsätze (Ziffer I.1) sind hierbei ebenfalls zu beachten.

Da die Höhe der individuellen Qualitätselemente der betroffenen Netzbetreiber im Regelverfahren nicht rechtzeitig vor dem 15.10.2016 feststehen wird, sind die Vorjahreswerte bei der Ermittlung der voraussichtlichen Erlösobergrenze des Jahres 2017 einzubeziehen.

## **2.6.2 Regulierungskonto**

Dem Regulierungskontosaldo können die eigenen Berechnungen zugrunde gelegt werden. Gutschriften aus außergerichtlichen Vereinbarungen mit der LRegB sind zu berücksichtigen, wenn über die einzelnen Beträge mit der LRegB schriftlich eine Einigung erzielt worden ist. Ein Berechnungstool zur Ermittlung des Regulierungskontosaldos kann auf der Internetseite der LRegB abgerufen werden. Die Berechnungen sind zu dokumentieren und der LRegB im Rahmen der Mitteilung zur Anpassung der Erlösobergrenze vorzulegen.

Soweit noch kein Bescheid zur Erlösobergrenzenfestlegung vorliegt und das Anhörungsschreiben zur Kostenprüfung ohne den Saldo des Regulierungskontos ermittelt wurde, können bezüglich des Regulierungskontosaldos die eigenen Berechnungen zugrunde gelegt werden. Diese Berechnungen sind zu dokumentieren und der LRegB im Rahmen der Mitteilung zur Anpassung der Erlösobergrenze vorzulegen.

Die LRegB weist in diesem Zusammenhang vorsorglich darauf hin, dass die sich im Vergleich mit den erst zu einem späteren Zeitpunkt feststehenden zulässigen Erlösen

nach § 4 ARegV ergebenden Differenzen auf dem Regulierungskonto verbucht werden und den Netzbetreibern insoweit kein Nachteil aus der nach den voranstehend dargestellten Grundsätzen hilfsweise ermittelten (vorläufigen) Erlösobergrenze für 2017 entsteht. Änderungen der Sachlage in den Monaten Oktober bis Dezember sind ggf. bei der Bildung der endgültigen Netzentgelte zum 01.01.2017 zu berücksichtigen

### **2.6.3 Bildung der endgültigen Strom-Netzentgelte zum Jahresende 2016**

Sollte einem Netzbetreiber bis zum **05.12.2016** keine durch einen Bescheid festgelegte Erlösobergrenze für die 2. Regulierungsperiode vorliegen, so gelten die obigen Empfehlungen der LRegB aus Ziffer I. 2.6 für die Bildung der endgültigen Netzentgelte entsprechend. Sofern zwischenzeitlich (also bis zum 05.12.2016) ein Bescheid der LRegB vorliegen sollte, sind die endgültigen Netzentgelte nach Maßgabe von Ziffer I. zu bilden. Für die Mitteilung über die Anpassung der Erlösobergrenze ist der für den jeweiligen Fall zur Verfügung stehende Erhebungsbogen gemäß § 28 Nr. 1 ARegV zu verwenden.

Auf Basis der nach den vorangehend dargestellten Grundsätzen ermittelten Erlösobergrenze 2017 sind die endgültigen Netzentgelte zum 01.01.2017 zu kalkulieren und zu veröffentlichen. Bescheide, die nach dem 05.12.2016 beim Netzbetreiber eingehen, sollten je nach Möglichkeit noch berücksichtigt werden, wobei die Netzentgelte zwingend zum 01.01.2017 zu veröffentlichen sind. Eine nachträgliche Änderung bzw. Veröffentlichung der Netzentgelte ist grundsätzlich nicht zulässig.

Die LRegB gibt hiermit die **Zusage** ab, dass die Differenzen aufgrund sich nach dem 05.12.2016 einstellender oder zu berücksichtigender Änderungen an den nach § 4 ARegV zulässigen Erlösen und den sich daraus ergebenden Netzentgelten für das folgende Kalenderjahr aufgrund von Entscheidungen der Regulierungsbehörde oder rechtskräftiger Gerichtsentscheidungen auf dem Regulierungskonto nach § 5 ARegV verbucht werden. Gleiches gilt bei einer nachträglichen Änderung der vorgelagerten Netzentgelte.

## **3 Besonderheiten bei Gasnetzen**

Kosten für Lastflusszusagen gelten nicht als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten i.S.v. § 11 Abs. 2 ARegV und dürfen somit nicht im Rahmen der Anpassung der Erlösobergrenze nach § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ARegV als dauerhaft nicht beeinflussbare

Kosten i.S.v. § 11 Abs. 2 ARegV einbezogen werden (BGH, Beschl. v. 06.11.2012, EnVR 101/10).

## **II. Zur Bildung der Netzentgelte und deren Eingabe im Versorgerportal Baden-Württemberg**

Zur Erfüllung der Mitteilungspflicht gemäß § 28 Nr. 3 und 4 ARegV sind die Netzentgelte einschließlich der Verprobungsrechnung(en) über das Versorgerportal Baden-Württemberg bis zum **01.01.2017** mitzuteilen. Den Zugang zum Versorgerportal erreichen Sie unter dem folgenden Link:

<https://www.versorger-bw.de/kontakt/anbieter-anmeldung>

Die Eingabe der Netzentgelte in das Versorgerportal ist nur möglich, sofern die entsprechenden Vorjahresdaten von der LRegB bereits freigeschaltet worden sind. Ansonsten ist zunächst keine Eingabe weiterer Werte möglich. Sollte noch keine Freischaltung der Vorjahresdaten durch die LRegB erfolgt sein, so sind die Mitteilungen gemäß § 28 Nr. 3 und 4 ARegV **in schriftlicher Form zum 01.01.2017** vorzulegen und die Verprobungsrechnung im Versorgerportal nach Freischaltung der Vorjahreswerte durch die LRegB nachzureichen. Die LRegB wird die Netzbetreiber informieren, sobald im Einzelfall die Eingabe im Versorgerportal möglich ist.

Daneben sind der LRegB zum 01.01.2017 auch die **schriftliche Dokumentation der Entgeltbildung**, der vollständige Prüfbericht des Wirtschaftsprüfers zum Jahresabschluss 2015 nebst allen Ergänzungsbänden und des Prüfungsschwerpunktes Kostenschlüsselung sowie das jeweilige veröffentlichte Preisblatt vorzulegen.

### **1 Allgemeine Hinweise zur Eingabe der Netzentgelte im Versorgerportal Baden-Württemberg**

Die über das Versorgerportal mitzuteilenden Netzentgelte sollen das veröffentlichte Preisblatt des jeweiligen Netzbetreibers widerspiegeln. Daher müssen die Daten im Versorgerportal mit den Daten des veröffentlichten Preisblatts übereinstimmen. Dabei ist auch die Vollständigkeit der Angaben von zentraler Bedeutung. Sämtliche angebotenen Entgelte, mit Ausnahme der Entgelte für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme, sind deshalb sowohl auf dem veröffentlichten Preisblatt als auch im Versorgerportal anzugeben.

Bei der Eintragung im Versorgerportal ist im Gasbereich darauf zu achten, dass keine Mehrfachnennungen gleicher Entgelte erfolgen. Hierzu kann es beispielsweise kommen, wenn sich einzelne Angaben in der Rubrik „Entgelte Messstellenbetrieb“ in der „Bearbeiten“-Ansicht lediglich im Feld „Bezeichnung“ (Überschrift) unterscheiden, da diese Bezeichnungen bzw. Überschriften später in der „Ergebnisse-Ansicht“ nicht abgebildet werden. Daher wird empfohlen, eine abschließende Durchsicht der einzureichenden Daten in der „Ergebnisse-Ansicht“ vorzunehmen, da die Veröffentlichung auf der Internetseite in dieser Darstellungsform erfolgt.

Neben den Netzentgelten ist im Versorgerportal (unter „Zusammenfassung“) ebenfalls die der Verprobung der Netzentgelte zugrunde gelegte Erlösobergrenze und deren Aufteilung auf die Bereiche „Spannungsebene“ bzw. „Druckebenen“ und „Messstellenbetrieb“ einzutragen.

Bitte prüfen Sie vor der Übermittlung Ihrer Daten über das Versorgerportal Baden-Württemberg nochmals das Gültigkeitsdatum, ab welchem die Entgelte zur Anwendung kommen sollen. Dieses muss grundsätzlich auf den 01.01. lauten.

## **2 Moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme**

Am 29.08.2016 wurde durch das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende das Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) erlassen. Dort wird in § 7 Abs. 2 MsbG geregelt, dass Kosten für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme nicht in den Netzentgelten zu berücksichtigen sind. Kosten für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme sind somit bei der Kalkulation der Entgelte auf Basis der Erlösobergrenzenfestsetzung und nach § 23a EnWG zum 01.01.2017 nicht mehr einzubeziehen.

## **3 Entgelte für den Messstellenbetrieb**

Durch das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende vom 29.08.2016 wurde auch § 17 Abs. 7 der StromNEV geändert, der Messstellen betrifft, die noch keine Modernisierung nach dem MsbG erhalten haben. Ab dem 01.01. 2017 ist für diese Messstellen jeweils ein Entgelt für den Messstellenbetrieb, zu dem nunmehr auch die Messung gehört, festzulegen. Ein eigenständiges Entgelt für die Messung ist somit nicht mehr auszuweisen.

Für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme ist nach den Vorgaben des MsbG ein getrenntes Entgelt für den Messstellenbetrieb, das auch die Messung umfasst, auszuweisen. Dieses Entgelt ist allerdings nicht bei der Kalkulation und somit auch nicht in der Verprobungsrechnung zu berücksichtigen. Auf Ziffer II. 2 wird verwiesen.

Gasnetzbetreiber haben hingegen, da die GasNEV insoweit nicht geändert wurde, bis auf Weiteres für Messstellen, die noch nicht nach dem MsbG modernisiert wurden, weiterhin ein getrenntes Entgelt für die Messung und für den Messstellenbetrieb zu veröffentlichen und in der Verprobung zu berücksichtigen.

#### **4 Abrechnungsentgelte**

Aus § 7 Abs. 2 Satz 3 MsBG ergibt sich, dass ein gesondertes Abrechnungsentgelt ab 01.01.2017 nicht mehr ausgewiesen werden darf. Nach Auffassung der LRegB ist dies sowohl bei Strom- als auch bei Gasnetzen bei allen Messstellen zu beachten.

**Bei der Eingabe der Entgelte in das Versorgerportal ist zu beachten, dass die bereits vorgelegten Eingabefelder, die die Abrechnung betreffen, mit „Null“ zu überschreiben sind.**

#### **5 Kommunalrabatt nach § 3 KAV**

Kommunalrabatte müssen bereits bei der Verprobung im Rahmen der Netzentgeltbildung zum 01.01.2017 berücksichtigt werden. Der „nachträgliche“ Ansatz von Kommunalrabatten über das Regulierungskonto ist nicht zulässig. Kommunalrabatte dürfen nicht entgegen den Bestimmungen der KAV (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 1 KAV) gewährt werden.

Im Versorgerportal Baden-Württemberg sind bei Gewährung eines Kommunalrabatts die entsprechend reduzierten Netzentgelte einzutragen. Eine lediglich zusammengefasste Darstellung der Höhe des Nachlasses ist nicht ausreichend. Für den Strombereich sind die Entgelte unter „Entgelte mit Preisnachlässen gemäß § 3 KAV“ in der Rubrik „sonstige Entgelte“ einzutragen; im Gasbereich unter „NNE mit Kommunalrabatt inkl. vgNK“.

Im veröffentlichten Preisblatt ist zumindest ein Hinweis auf die Gewährung eines solchen Kommunalrabatts und dessen Höhe, ggf. einschließlich einer Kennzeichnung der jeweiligen begünstigten Konzessionsgemeinden, aufzunehmen.

## **6 Konzessionsabgabe**

Netzbetreiber müssen nach den Vorgaben des § 27 Strom- bzw. GasNEV die für das Netz geltenden Netzentgelte veröffentlichen. Bestandteil dieser Netzentgelte ist u.a. auch die Konzessionsabgabe. Der Netzbetreiber ist daher verpflichtet, in seiner Veröffentlichung der Netzentgelte auch die Höhe der jeweiligen Konzessionsabgabe im Netzgebiet aufzunehmen. Bei räumlichen Unterschieden ist darzulegen, in welchen Teilen des Netzgebietes welche Tarifkunden-Konzessionsabgabe zur Anwendung kommt. Dabei ist eine konkrete Angabe in ct/kWh erforderlich, schematische Angaben („höchste zulässige Konzessionsabgabe“) sind nicht ausreichend.

## **7 Hinweise für Stromnetzbetreiber**

### **7.1 Entgelte für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen**

Für die Netzentgeltermittlung für das Jahr 2017 sieht die LRegB die nachfolgend dargestellten Grundsätze für die Berechnung der Netzentgelte für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen i.S.d. § 14a EnWG für anwendbar an.

Die Entgelte in der Niederspannung für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen i.S.d. § 14a EnWG können, so die Empfehlung der LRegB,

- a) mit einem **Nachlass von bis zu 80%, der in einem angemessenen Verhältnis zur Netzentlastung stehen muss**, gegenüber dem allgemein gültigen Netzentgelt angesetzt werden, wenn
  - vertraglich und technisch sichergestellt ist, dass die Entnahmestelle ausschließlich in den Nachtstunden Strom aus dem Netz bezieht; wobei es insoweit ausreichend ist, wenn die Stromentnahme in den Nachtstunden messtechnisch gesondert erfasst und nur insoweit für die Nachtstunden die herabgesetzten Netzentgelte angesetzt werden (Elektrospeicherheizungen oder -wärmepumpen mit phasenbezogener Messung), und

- die zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Entnahmen der jeweiligen Netzebene nicht innerhalb der Nachtstunden liegt und damit die Jahreshöchstlast erheblich von der zeitgleichen Jahreshöchstlast aller Entnahmen in der Netzebene abweicht.
- b) mit einem **Nachlass von bis zu 60%** gegenüber dem allgemein gültigen Netzentgelt angesetzt werden, wenn
  - vertraglich und technisch sichergestellt ist, dass durch die Entnahmestelle eine Entnahme nicht innerhalb des Hochlastzeitfensters Winter<sup>1</sup> erfolgt; wobei eine vom Allgemeinstrom getrennte Messung erfolgen muss, nicht aber notwendigerweise eine phasenbezogene Messung, die zwischen Tag- und Nachtstunden unterscheidet (i.d.R. Elektrowärmepumpen) sowie
  - die zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Entnahmen der jeweiligen Netzebene nicht innerhalb der Nachtstunden liegt und damit die Jahreshöchstlast der Entnahmestelle erheblich von der zeitgleichen Jahreshöchstlast aller Entnahmen in der Niederspannung abweicht.

Eine wesentliche Erhöhung für die übrigen Netzkunden sollte vermieden werden.

## 7.2 Netzentgelte nach § 19 Abs. 2 Satz 1 und 2 StromNEV

Im Versorgerportal Baden-Württemberg sind bei Gewährung von Netzentgelten gemäß § 19 Abs. 2 Satz 1 und 2 StromNEV die reduzierten Netzentgelte einzutragen. Es müssen dabei keine Kunden angegeben werden.

Die (erwarteten) Erlöse aus der Erstattung der entgangenen Erlöse durch die Übertragungsnetzbetreiber aufgrund individueller Netzentgelte nach § 19 Abs. 2 Satz 1 StromNEV und nach § 19 Abs. 2 Satz 2 StromNEV sind in der Verprobungsrechnung als sonstige Erlöse (im Versorgerportal Baden-Württemberg einzutragen als sonstige Entgelte) zu berücksichtigen.

---

<sup>1</sup> Zur Ermittlung des Hochlastzeitfensters Winter wird auf den die Festlegung der BNetzA zur Genehmigung individueller Netzentgelte nach § 19 Abs. 2 Satz 1 StromNEV vom 05.12.2012 (BK4-12-1656) verwiesen.

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass unterbrechbare Versorgungsanlagen gemäß § 14 a EnWG nicht dazugehören (vgl. hierzu Ziffer 7.1 dieses Schreibens).

### 7.3 Straßenbeleuchtung

Gemäß § 18 Abs. 1 Satz 3 und 4 StromNZV i.V.m. § 17 Abs. 6 Satz 4 StromNEV kann bei öffentlichen Verbrauchseinrichtungen (insbesondere der Straßenbeleuchtung) die abgenommene Elektrizität auch rechnerisch ermittelt oder geschätzt werden, wenn die Kosten der Messung außer Verhältnis zur Höhe des Verbrauchs stehen und diese Ermittlung von Arbeit und Leistung mit hinreichender Sicherheit zu vergleichbaren zuverlässigen Ergebnissen führt wie eine Leistungsmessung mittels Lastgangmessung. Davon ist insbesondere bei Straßenbeleuchtungsanlagen auszugehen, wenn deren Ein- und Ausschaltzeiten sowie die Leistung der eingesetzten Leuchtmittel bekannt sind und der Lastverlauf berechenbar ist. Soweit gemessene Arbeitswerte vorliegen, sollten diese grundsätzlich bei der Abrechnung berücksichtigt werden.

Die rechnerische Ermittlung der Leistungs- und ggf. der Arbeitswerte **muss** im Bericht nach § 28 StromNEV vollständig nachvollziehbar dargestellt werden. Dabei ist auch darzulegen, in welchem Umfang Leitungsverluste einbezogen wurden.

Sollte eine belastbare Datenbasis für eine zuverlässige rechnerische Ermittlung des Leistungswerts nicht vorliegen, scheidet eine Abrechnung der öffentlichen Straßenbeleuchtung auf Grundlage der Entgelte für leistungsgemessene Kunden aus. In diesem Fall kommt folglich nur eine Abrechnung auf Grundlage der regulären Entgelte für Kunden ohne Leistungsmessung in Betracht.

Ergänzend weist die LRegB darauf hin, dass die Regelung des § 17 Abs. 2 StromNEV, wonach das Netzentgelt pro Entnahmestelle aus einem Jahresleistungspreis in €/kW sowie einem Arbeitspreis in ct/kWh besteht, auch für Anlagen der Straßenbeleuchtung anzuwenden ist. Ein hiervon abweichend ermitteltes „Sonder-Netzentgelt“ für an das Verteilernetz angeschlossene Anlagen der Straßenbeleuchtung sieht die Verordnung nicht vor. Der pauschale Ausweis eines reduzierten Arbeits- bzw. Mischpreises ist daher nicht vorzunehmen.

Bezüglich näherer Einzelheiten wird auf das Rundschreiben 2014/01 sowie den Fragen- und Antwortkatalog zu dieser Thematik verwiesen. Diese Schreiben sind auf un-



serer Internetseite unter den Stichwörtern „Rundschreiben“ und „Straßenbeleuchtung“ abrufbar.

## **7.4 Pooling**

Die Festlegung der LRegB zur Abrechnung mehrerer Entnahmestellen mit zeitgleicher Leistung (Pooling) vom 02.12.2012 (Az. 6-4455.7/32) wurde mit Ablauf des 31.12.2013 aufgrund des Inkrafttretens der Neuregelung des § 17 Abs. 2a StromNEV unwirksam. Eine zeitgleiche Zusammenführung mehrerer Entnahmestellen zu einer Entnahmestelle zum Zwecke der Ermittlung des Jahresleistungsentgeltes ist nunmehr nur noch unter den Voraussetzungen des § 17 Abs. 2a StromNEV zulässig.

## **7.5 Entgelt für den Messstellenbetrieb und die Messung**

**Bei der Eingabe der Stromnetzentgelte in das Versorgerportal ist zu beachten, dass die Eingabefelder, die die Messung betreffen, mit „Null“ zu überschreiben sind. Die Messung ist nunmehr beim Messstellenbetrieb einzubeziehen.**

# **8 Hinweise für Gasnetzbetreiber**

## **8.1 Sonderentgelte gem. § 20 Abs. 2 GasNEV**

Sondernetzentgelte gem. § 20 Abs. 2 GasNEV sollten gemäß dem gemeinsamen Leitfaden der Regulierungsbehörden zur Ermittlung von Sonderentgelten nach § 20 Abs. 2 GasNEV kalkuliert und veröffentlicht werden.

Sofern ein Netzbetreiber Sondernetzentgelte gem. § 20 Abs. 2 GasNEV anbietet, deren Höhe nicht mindestens dem Leitfaden entsprechen, wird die LRegB im Rahmen der Ermittlung der Differenzbeträge des Regulierungskontos die Sondernetzentgelte gem. § 20 Abs. 2 GasNEV in der Höhe ansetzen, die sich gemäß dem Leitfaden ergeben würden. Entsprechende Mindererlöse gehen zu Lasten des Netzbetreibers.

## **8.2 Netzentgelte inklusive vorgelagerter Netzkosten**

Im Gasbereich sind die Netzentgelte inklusive vorgelagerter Netzkosten über das Versorgerportal zu übermitteln.

## **8.3 Entgelte aus abschaltbaren Gasnetzanschlussverträgen**

Bereits genehmigte Sondernetzentgelte für abschaltbare Gasnetzanschlussverträge gemäß dem Rundschreiben der LRegB Nr. 2012/09 vom 08.10.2012 sind in die Verprobung einzubeziehen. Beantragte, aber noch nicht genehmigte Sondernetzentgelte sind nicht berücksichtigungsfähig. Eine Berücksichtigung ist ausnahmsweise dann möglich, soweit die LRegB im Rahmen einer Anhörung bereits eine Genehmigung in Aussicht gestellt hat.

Die Erlöse aus Netzentgelten aus abschaltbaren Gasnetzanschlussverträgen sind im Versorgerportal Baden-Württemberg als „Weitere Erlöse“ in der Rubrik „Sonstige Entgelte“ einzutragen. Die Berechnung dieser Erlöse ist in der schriftlichen Dokumentation der Entgeltbildung nachvollziehbar darzulegen. Dabei ist jeweils der Netzkunde, der reduzierte Leistungspreis, die Jahreshöchstlast, der Arbeitspreis und die Arbeitsmenge anzugeben.

#### **8.4 Entgelte für den Messstellenbetrieb**

Alle angebotenen bzw. verfügbaren Zähler, mit Ausnahme der modernen Messeinrichtungen und der intelligenten Messsysteme im Sinne des MsbG, sind im Versorgerportal und auf dem Preisblatt anzugeben. Es ist ferner zu beachten, dass sämtliche angebotenen Zählerarten in das Versorgerportal einzeln einzutragen sind. Eine Zusammenfassung von Zählern in unterschiedlichen Größen mit gleichem Entgelt ist nicht möglich. Folglich ist jeweils auch die Zählergröße unter der Rubrik „Größe“ anzugeben und der entsprechende Zählertyp auszuwählen. Die Kategorisierung eines Zählers als „Sonstiges“ dürfte i.d.R. nicht geboten sein, da das entsprechende Auswahlmenü die gängigen Zählertypen weitestgehend abdecken dürfte. Vielmehr dient die Rubrik „Sonstiges“ beispielsweise der Erfassung von angebotenen Zusatzgeräten oder ähnlichem. Darüber hinaus ist ebenfalls die Zählerverfügbarkeit für Kunden mit bzw. ohne Leistungsmessung zu beachten und entsprechend anzugeben. In diesem Zusammenhang wird nochmals daran erinnert, dass eine Übereinstimmung der Angaben im Versorgerportal und des veröffentlichten Preisblatts erforderlich ist (mit Ausnahme der modernen Messeinrichtungen und der intelligenten Messsysteme im Sinne des MsbG).

## **8.5 Pooling Gas**

Eine Regelung in der GasNEV zur zeitgleichen Zusammenführung mehrerer Entnahmestellen zu einer Entnahmestelle zum Zwecke der Ermittlung des Jahresleistungsentgeltes ist nicht vorhanden. Eine analoge Anwendung des § 17 Abs. 2a StromNEV für Gasnetzbetreiber dürfte nur bei besonderer Konstellation einschlägig sein. Je nach Sachverhalt kann jedoch gegebenenfalls über die Regelung des § 20 Abs. 2 GasNEV eine Zusammenfassung mehrerer Entnahmestellen erreicht werden.

Für eventuelle Rückfragen stehen Ihnen Ihr/e jeweilige/r Sachbearbeiter/-in (Frau Blajevici -1251, Herr Gesell -1248, Frau Kloster -1249, Frau Maier -1247, Frau Ocigrija -1246, Frau Pross -1243 und Frau Ramakers -1242) gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Maier

## **Anlage 1: Prüfliste für die Anpassung der Erlösobergrenzen (§ 28 Nr. 1 ARegV)**

1. Wurde der Verbraucherpreisgesamtindex auf 106,9 angepasst?
2. Wurden nachvollziehbare Berechnungen und geeignete Nachweise für die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten beigelegt?
3. Wurden die Planansätze (Menge und Entgelte) für die Kosten für die erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen erläutert?
4. Entspricht die Summe der eingespeisten Menge abzüglich ggf. von Verlustenergiemengen der Menge laut Verprobungsrechnung?
5. Wurden separate Berechnungen der vermiedenen Netzentgelte anhand der jeweiligen Vermeidungsarbeit und -leistung (nur Strom) angesetzt?
6. Wurden die Planansätze (Menge und Preisansatz) für die Kosten für die Nachrüstung von Wechselrichtern § 10 Abs. 1 SysStabV erläutert (nur Strom)?
7. Wurde der Erhebungsbogen im Excel-Format an das Postfach der LRegB (**LRegB@um.bwl.de**) bis zum 31.12.2016 elektronisch übermittelt?
8. Wurden der Erhebungsbogen sowie die Erläuterungen der LRegB über den Postweg übermittelt?
9. Ist der Prüfbericht einschließlich des Schwerpunktes Kostenschlüsselung des Wirtschaftsprüfers zum Jahresabschluss 2015 beigelegt bzw. wurde dieser der LRegB bereits übersandt (jeweils getrennt für Strom und Gas)?

## **Anlage 2: Prüfliste für die Ermittlung der Netzentgelte und Eingabe in das Versorgerportal (§ 28 Nr. 3 und 4 ARegV)**

1. Wurde die schriftliche Dokumentation der Ermittlung der Netzentgelte der LRegB elektronisch und schriftlich übermittelt?
2. Ist aus der schriftlichen Dokumentation die Bildung der Netzentgelte für Dritte nachvollziehbar?
3. Wurde die angepasste Erlösobergrenze zur Bildung der Netzentgelte zu Grunde gelegt?
4. Wurden die Entgelte im Versorgerportal eingetragen?
5. Wurde das Gültigkeitsdatum im Versorgerportal auf den 01.01. gesetzt?
6. Stimmt die in der Zusammenfassung des Versorgerportals angegebene Erlösobergrenze mit der angepassten Erlösobergrenze aus dem Erhebungsbogen § 28 Nr. 1 ARegV überein?
7. Beträgt die Abweichung zwischen der Erlösobergrenze und den verprobten Erlösen unter  $\pm 1\%$ ?
8. Stimmen die Entgelte des veröffentlichten Preisblatts mit den Entgelten im Versorgerportal überein?
9. Wurden die bereits vorbelegten Abrechnungsentgelte mit „Null“ überschrieben? (nur Strom)
10. Wurden die bereits vorbelegten Messentgelte mit „Null“ überschrieben? (nur Strom)?
11. Sind bei den Entgelten für den Messstellenbetrieb alle Zähler mit Angaben der jeweiligen Zählergröße (Rubrik „Größe“) und des Zählertyps (Rubrik „Zählertyp“) im Versorgerportal einzeln angegeben (nur Gas)?

12. Wurden bei eventuell gewährten Netzentgelten gemäß § 19 Abs. 2 Satz 1 und 2 StromNEV die reduzierten Netzentgelte im Versorgerportal angesetzt (nur Strom)?
13. Sind die reduzierten Entgelte bei Gewährung eines Kommunalrabatts im Versorgerportal angegeben und ist der Kommunalrabatt veröffentlicht?
14. Wurde die Höhe der konkreten Konzessionsabgabe (ct/kWh) veröffentlicht?
15. Entsprechen die Entgelte für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen i.S.d. § 14a EnWG den Grundsätzen oder Empfehlungen dieses Rundschreibens der LRegB, insbesondere hinsichtlich dem Nachlass von maximal 60% bzw. 80% sowie dem Erfordernis keiner wesentliche Netzentgelterhöhung für die übrigen Netzkunden (i.d. R. max. 5%) (nur Strom)?
16. Erläuterung der rechnerischen oder geschätzten Ermittlung der abgenommenen Elektrizität öffentlicher Verbrauchseinrichtungen (Straßenbeleuchtung) (nur Strom)?
17. Sind Erlöse aus der Erstattung der entgangenen Erlöse durch die Übertragungsnetzbetreiber aufgrund individueller Netzentgelte nach § 19 Abs. 1 Satz 1 StromNEV und nach § 19 Abs. 1 Satz 2 StromNEV verprobt (nur Strom)?
18. Sind gesonderte Netzentgelte nach § 19 Abs. 3 StromNEV in der Verprobung aufgeführt und im Preisblatt veröffentlicht?
19. Sind gesonderte Netzentgelte nach § 20 Abs. 2 GasNEV in der Verprobung aufgeführt und im Preisblatt veröffentlicht?
20. Sind die genehmigten Entgelte für abschaltbare Verträge (Gas) in der Verprobung aufgeführt und ist deren Ermittlung in der Dokumentation der Entgeltbildung dargestellt sowie veröffentlicht?